Das Militärgeneralgouvernement Lublin. Die „Nutzbarmachung“ Polens durch Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg

von

Stephan Lehnstaedt

Die Geschichte des Ersten Weltkriegs in Osteuropa stellt weitgehend ein Forschungsdesiderat dar.¹ Selbstverständlich sind die grundlegenden Fakten bekannt, aber im Vergleich zu der Westfront oder auch den Kämpfen in den Alpen fand das Vorgehen der Mittelmächte gegen Russland bislang nur sehr wenig Aufmerksamkeit. Eine gewisse Ausnahme stellt lediglich das Gebiet Ober Ost dar, also jener Teil Ostpolens, Litauens und Lettlands, der unter der direkten Verwaltung des deutschen Oberkommandos Ost stand. Das Interesse der Forscher rührte vor allem daher, dass Erich Ludendorff in diesem Territorium eine Art militärischen Musterstaat kreieren wollte, den er als Vorbild für die effiziente Ausbeutung eines besetzten Landes präsentierte.² Demgegenüber trat bereits das Generalgouvernement Warschau, das sich von Lodz bis Warschau erstreckte, stark in den Hintergrund.³ Noch weniger bekannt ist, dass auch Österreich-Ungarn als Besatzungsmacht agierte⁴ und mit dem Militärgeneralgouvernement Lublin (MGL) ebenfalls einen Teil Polens okkupierte, der sich östlich der Weichsel bis etwa zum Bug erstreckte und im Süden vom Kronland Galizien begrenzt wurde.

¹ Vgl. vor allem für das militärische Geschehen GERHARD PAUL GROB (Hrsg.): Die vergessene Front. Der Osten 1914/15. Ereignis. Wirkung. Nachwirkung, Paderborn u.a. 2006.

² VEJAS GABRIEL LIULEVICIUS: Kriegsland im Osten. Eroberung, Kolonisierung und Militärherrschaft im Ersten Weltkrieg, Hamburg 2002. Siehe auch ABBA STRAZHAS: Deutsche Ostpolitik im Ersten Weltkrieg. Der Fall Ober-Ost 1915-1917, Wiesbaden 1993.

³ WERNER CONZE: Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg, Köln 1958. Vgl. aktuell ROBERT SPÄT: Für eine gemeinsame deutsch-polnische Zukunft? Hans Hartwig von Beseler als Generalgouverneur in Polen 1915-1918, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 58 (2009), S. 469-500; MARTA POLSAKIEWICZ: Spezifika deutscher Besatzungspolitik in Warschau 1914-1916, ebenda, S. 501-537. Als grundlegenden Überblick zu allen Teilen Polens demnächst JENS BOYSEN: Der Erste Weltkrieg, in: Polen in der europäischen Geschichte. Ein Handbuch. Band 4, Kapitel 2.

⁴ Einen strukturgeschichtlichen Überblick österreichisch-ungarischer Besatzungsverwaltung gibt TAMARA SCHEER: Zwischen Front und Heimat. Österreich-Ungarns Militärverwaltungen im Ersten Weltkrieg, Frankfurt a.M. u.a. 2009.

Diese Forschungslücke ist umso bemerkenswerter, als die Herrschaft der k.u.k. Monarchie zentrale Auswirkungen auf die Entstehung des Staates Polen hatte⁵ und das Schicksal des Landes während des Ersten Weltkriegs entscheidend prägte. Nicht zuletzt proklamierte die Doppelmonarchie im Verbund mit dem Deutschen Reich am 5. November 1916 das Königreich Polen⁶, das die Mittelmächte von Russland loslösen und als Verbündeten gewinnen wollten, auch weil sie sich davon militärische Entlastung in Form neuer Soldaten versprachen.⁷ Die österreichisch-ungarische Politik und ihre Folgen in Polen selbst sind ebenfalls noch nicht Gegenstand größerer Untersuchungen geworden. Eine Ausnahme stellt lediglich ein Aufsatz von Tamara Scheer in dieser Zeitschrift dar⁸, der aber weder die – recht überschaubare – polnische

⁵ Die k.u.k. Außenpolitik bezüglich der „polnischen Frage“ stellt tatsächlich eine gewisse Ausnahme von der ansonsten zu konstatierenden Forschungslücke dar. Vgl. etwa JAN LEWANDOWSKI: *Królestwo Polskie pod okupacją austriacką, 1914-1918* [Das Königreich Polen unter österreichischer Besatzung, 1914-1918], Warszawa 1980; DERS.: *Królestwo Polskie wobec Austro-Węgier. 1914-1918* [Das Königreich Polen und Österreich-Ungarn. 1914-1918], Warszawa u.a. 1986. Siehe auch MARKUS J. HECHER: *Die austropolnische Lösung. Die österreichisch-ungarische Kriegszielpolitik in Bezug auf Polen während des Ersten Weltkriegs*. Phil. Diss., Wien 2001; JOACHIM LILLA: *Innen- und außenpolitische Aspekte der austropolnischen Lösung 1914-1916*, in: *Mitteilungen des österreichischen Staatsarchivs* 30 (1977), S. 221-250. Umfassend, aber wenig übersichtlich ist DAMIAN SZYMCZAK: *Między Habsburgami a Hohenzollernami. Rywalizacja niemiecko-austro-węgierska w okresie I wojny światowej a odbudowa państwa polskiego* [Zwischen Habsburgern und Hohenzollern. Die deutsch-österreichisch-ungarische Rivalität während des Ersten Weltkriegs und die Entstehung des polnischen Staates], Kraków 2009. Aus marxistischer Perspektive wird die – vorwiegend deutsche – Außenpolitik interpretiert von HEINZ LEMKE: *Allianz und Rivalität. Die Mittelmächte und Polen im ersten Weltkrieg (Bis zur Februarrevolution)*, Lizenzausgabe Berlin 1977.

⁶ WOLFGANG STEGLICH, WILHELM WINTERHAGER: *Die Polenproklamation vom 5. November 1916*, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 23 (1978), S. 105-146.

⁷ Vgl. aus der überaus reichhaltigen polnischen Literatur z.B. WACLAWA MILEWSKA, JANUSZ TADEUSZ NOWAK, MARIA ZIENTARA: *Legiony Polskie 1914-1918* [Die Polnischen Legionen 1914-1918], Kraków 1998, und WACLAW LIPIŃSKI: *Legiony Polskie 1914-1918* [Die Polnischen Legionen 1914-1918], Białystok 1990. Speziell zu dem Interesse der k.u.k. Monarchie an den Legionen vgl. MIECZYSLAW WRZOSEK: *Der Anteil der Polnischen Legionen am österreichisch-ungarischen Kriegseinsatz 1914-1917*, in: ANDRZEJ RZEPNIEWSKI (Hrsg.): *Między Wiedniem a Lwowem*, Warszawa 1996, S. 151-157, und MICHAŁ BACZKOWSKI: *Żołnierze polscy w armii austro-węgierskiej w przededniu odzyskania przez Polskę niepodległości* [Die polnischen Soldaten in der österreichisch-ungarischen Armee am Vorabend der Wiedererlangung der polnischen Unabhängigkeit], in: *Studia Historyczne* 52 (2009), S. 19-32.

⁸ TAMARA SCHEER: *Österreich-Ungarns Besatzungsmacht in Russisch-Polen während des Ersten Weltkriegs (1915-1918)*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 58 (2009), S. 538-571. Vgl. außerdem JAN LEWANDOWSKI: *Austro-węgierskie Generalne Gubernatorstwo Wojskowe w Lublinie przed aktem 5 listopada 1916 roku* [Das österreichisch-ungarische Militärgeneralgouvernement Lublin vor dem Staatsakt vom 5. November 1916], in: *Rocznik Lubelski* 18 (1975), S. 131-168; DERS.: *Okupacja aus-*

Literatur berücksichtigt noch auf den rund 240 Meter umfassenden Bestand an Akten des MGLs Lublin im Hauptarchiv alter Akten in Warschau eingeht, sondern sich vorwiegend auf die Berichte des damals in Warschau stationierten Gesandten des k.u.k. Außenministeriums, Leopold von Andrian, stützt.⁹

Die in Polen vorhandenen Akten erlauben umfassende Rückschlüsse auf die österreichisch-ungarischen Okkupationsziele und deren Umsetzung durch die Lubliner Besatzer. Da das eroberte Territorium vor allem ländlich geprägt war und kaum über nennenswerte Industriebetriebe verfügte, kam der dortigen Landwirtschaft eine zentrale Rolle zu, gerade weil in der Doppelmonarchie angesichts der Einberufung vieler Bauern zum Militär die Versorgungslage nicht günstig war und die heimische Bevölkerung in den späteren Kriegsjahren vielfach hungerte.¹⁰ Mit den polnischen Agrarerzeugnissen hoffte die Staatsführung in Wien einen Teil des eigenen Bedarfs an Lebensmitteln decken zu können. Dies bedeutete, dass beispielsweise die Erzeugung von Getreide, Kartoffeln oder Fleisch überwacht, die Ernte erfasst und eingebracht sowie in die Heimat transportiert werden musste – was einerseits eine organisatorische Herausforderung darstellte und andererseits durchaus einen Konflikt mit dem politischen Ziel der Schaffung eines leistungsfähigen polnischen Verbündeten bedeuten konnte.

Diese Dichotomie wird im Folgenden beleuchtet, wobei einerseits wirtschaftliche Besatzungskonzepte und andererseits deren praktische Realisierung inklusive der Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung untersucht werden, um abschließend eine Einordnung der österreichisch-ungarischen Politik in Polen zu versuchen. Damit sollen sich auch Anknüpfungspunkte für weitere Untersuchungen eröffnen: Beispielsweise wäre künftig die Frage nach einer genuin österreichisch-ungarischen imperialen Politik in Ostmitteleuropa zu stellen, die am Beispiel Polens einen Vergleich zwischen Besatzung im MGL und ziviler Regentschaft im Kronland Galizien erlaubt; darüber hinaus kann der Blick auf die deutschen Besatzer in demselben Land helfen, Spezifika und Gemeinsamkeiten von Besatzung und zugleich von „Polenpolitik“ zu identifizieren.¹¹ Letztlich ist die Frage nach dem Spannungsverhältnis zwischen propagierter Befreiung eines Volkes, Kriegsnotwendigkeiten und Pla-

triacka w Królestwie Polskim (1914-1918) [Die österreichische Besatzung im Königreich Polen (1914-1918)], in: Dzieje Najnowsze (1998), 4, S. 29-42.

⁹ Vgl. zur Überlieferung in Österreich JERZY GAUL (Hrsg.): *Polonika w Austriackim Archiwum Państwowym. 1772-1918* [Polonika im Österreichischen Staatsarchiv. 1772-1918], Warszawa 2003 (zweisprachige Ausgabe). Die österreichische Aktenordnung im Hauptarchiv Alter Akten (Archiwum Główne Akt Dawnych, künftig zit. AGAD) erläutert DERS.: *Kancelaria Generalnego Gubernatorstwa Wojskowego w Lublinie. 1915-1918* [Die Kanzlei des Militärgeneralgouvernements Lublin. 1915-1918], Warszawa 1998.

¹⁰ ROMAN SANDGRUBER: *Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, Wien 1995, S. 322 f.

¹¹ Der Verfasser arbeitet zur Zeit an einer monografischen Untersuchung von Besatzungswirtschaft in Polen im Ersten und Zweiten Weltkrieg.

nungen der militärischen Sieger von universeller Bedeutung und stellt sich bis heute bei jedem bewaffneten Konflikt neu. Kurz- und langfristige Absichten der Okkupanten und ihr Erfolg dürfen dabei allerdings nicht nur *ex post* erklärt, sondern müssen im Kontext der jeweiligen Gegenwart untersucht werden.

1 Besatzungskonzepte.

Die wirtschaftlichen Absichten der Doppelmonarchie in Polen

Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs hatte keine der beteiligten Großmächte längerfristige wirtschaftliche Pläne, weder in Bezug auf das eigene Land noch gar für eventuell zu besetzende Gebiete. Die Militärführungen gingen allgemein davon aus, dass es sowieso zu einer schnellen Entscheidung kommen würde und weit vorausschauende Überlegungen somit obsolet seien. Im Grunde kann man also schon für die Jahre vor 1914 von Blitzkriegsstrategien sprechen. Als nach Kriegsausbruch erste Planungen für die Ausbeutung der eroberten Territorien begannen, fanden diese nur innerhalb der militärischen Kreise statt. Weder die entsprechenden Fachministerien, etwa für Finanzen, noch Experten aus der Privatwirtschaft waren daran beteiligt. Nicht nur aus diesem Grund blieben die Überlegungen vage; generell zeigten die Generalstabsoffiziere kein Interesse an ökonomischen Aspekten.¹²

Diese pauschale Beobachtung gilt auch für Polen, das weder für Deutschland noch für Österreich-Ungarn das erste Land war, das erobert werden konnte. Ganz im Gegenteil schienen im Osten zunächst die russischen Streitkräfte deutlich im Vorteil, die 1914 das galizische Lemberg¹³ und nach langer Belagerung im März 1915 auch Przemyśl eroberten und nur mit deutscher Hilfe im Oktober 1914 am San aufgehalten werden konnten. Im Norden waren dem Deutschen Reich Teile von Ostpreußen verloren gegangen, und obwohl der Vormarsch der zarischen Armee im Herbst 1914 gestoppt wurde, gelang den deutschen Streitkräften erst im Februar 1915 ein durchschlagender militärischer Erfolg. Im Süden gingen deren Verbündete seit Mai 1915 ebenfalls in die Offensive und eroberten bis Ende Juli nicht nur Lemberg zurück, sondern mit Lublin auch erstmals Gebiete Russisch-Polens. Als Anfang August sogar Warschau fiel und sich im Herbst die Ostfront stabilisierte, konnten die beiden Generalgouvernements errichtet werden. Die k.u.k. Militärverwaltung residierte zunächst in Kielce und dann ab dem 1. Oktober 1915 in Lublin; sie herrschte von dort aus über ein Areal mit einer Fläche von rund

¹² RICHARD F. HAMILTON: War Planning. Obvious Needs, Not so Obvious Solutions, in: DERS., HOLGER H. HERWIG (Hrsg.): War Planning 1914, Cambridge u.a. 2010, S. 1-23, hier S. 15 ff.

¹³ CHRISTOPH MICK: Kriegsalltag und nationale Mobilisierung. Lemberg im Ersten Weltkrieg, in: Nordost-Archiv N.F. 17 (2009), S. 58-82, hier besonders S. 61-71.

43 000 Quadratkilometern und 3,5 Millionen Einwohnern.¹⁴ Dieses Gebiet entsprach in etwa der Größe Niedersachsens, umfasste aber nur eine nicht einmal halb so große Bevölkerungszahl.

Das hieß allerdings nicht, dass nun lediglich schon vorliegende Besatzungskonzepte in Kraft gesetzt werden mussten. Zwar hatten sich bereits im August 1914, als die Lage Österreich-Ungarns im Osten nicht besonders rosig war, die beiden Ministerpräsidenten der Doppelmonarchie mit Außenminister Stephan Graf Burián von Rajecz in Wien getroffen und über eine Annexion Polens gesprochen¹⁵, aber konkrete Weisungen in Bezug auf eine Nutzbarmachung erobelter Territorien waren offensichtlich nicht ergangen. Die Besprechung ist eher als Hinweis darauf zu werten, dass die damals überall zu beobachtenden expansiven Träume einer Neugestaltung Europas, die für Deutschland sehr polemisch als „Griff nach der Weltmacht“ bezeichnet worden sind¹⁶, auch in Österreich-Ungarn virulent waren.¹⁷

Unter diesen Rahmenbedingungen übernahm die k.u.k. Militärverwaltung – ein kleines Militärgouvernement hatte im Süden Polens bereits seit Ende 1914 bestanden – im Sommer 1915 ein von Kampfhandlungen zu größeren Teilen verwüstetes Land, in dem die wenigen vorhandenen Straßen und Eisenbahnen beschädigt, das Vieh weggetrieben und das Saatgut verbrannt war. Darunter hatte auch der Handel gelitten, so dass die Besatzer sofort zu Rationierungsmaßnahmen übergingen, um die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten; hiermit war der Zugriff auf die gesamte Ernte verbunden. Nachdem die russische Administration kaum auf Kooperation mit den Einheimischen gesetzt und weitgehend auf eine polnische Selbständigkeit verzichtet hatte, existierten staatliche Strukturen selbst auf Gemeindeebene nur noch in rudimentärer Form.¹⁸ Aus diesem Grund war ein umfassender Perso-

¹⁴ ARTHUR HAUSNER: Die Polenpolitik der Mittelmächte und die österreichisch-ungarische Militärverwaltung in Polen während des Weltkrieges, Wien 1935, S. 325 ff.

¹⁵ Österreichisches Staatsarchiv, Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien (künftig zit. ÖStA HHStA, PA I), Liasse Krieg 47/8b-11/522: Protokoll einer Besprechung in Wien, 20.08.1914.

¹⁶ FRITZ FISCHER: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegzielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914-18, Düsseldorf 1967. Siehe zu den deutschen Kriegszielen auch SÖNKE NEITZEL: Blut und Eisen. Deutschland im Ersten Weltkrieg, Zürich 2003, S. 131-168, und zu Österreich JAN LEWANDOWSKI: Austro-Węgry wobec sprawy polskiej w czasie I wojny światowej. Początki zarządu okupacyjnego w Królestwie [Österreich-Ungarn und die polnische Frage im Ersten Weltkrieg. Die Anfänge der Besatzungsverwaltung im Königreich], in: Przegląd Historyczny 66 (1975), S. 383-408; LEWANDOWSKI, Królestwo Polskie (wie Anm. 5).

¹⁷ WOLFDIETER BIEHL: Zu den österreichisch-ungarischen Kriegszielen 1914, in: Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas 16 (1968), S. 504-530, hier S. 511, und die edierte Denkschrift Leopold von Andrians, ebenda, S. 519-530.

¹⁸ AGAD, 312/1831: Denkschrift der Wirtschaftssektion über die Wirtschaftspolitik im MGL, 1.11.1916. Zum Fortbestehen von Vorkriegsstrukturen auf dem Gebiet der Selbsthilfe MAREK PRZENIOSŁO: Działalność struktur terenowych instytucji samopomocy społecznej na terenie Królestwa Polskiego w latach 1914-1918 [Die Aktivitäten

naleinsatz unumgänglich, inklusive der Truppenangehörigen hielten sich 170 000-200 000 Besatzer im MGL auf.¹⁹ Schon diese hohe Zahl zeigt deutlich, wie dringlich die Indienstnahme des Landes erschien, das möglichst schnell möglichst viele Ressourcen liefern sollte.²⁰

In diesem Zusammenhang ist immer wieder auf den für die Doppelmonarchie günstigen Umstand hingewiesen worden, nach Kongresspolen Personal abordnen zu können, das aus Galizien stammte und mit Polnisch eine der zehn Armeesprachen Österreich-Ungarns beherrschte.²¹ Aber diesen Vorteil hatten Russen und Preußen aufgrund ihrer polnischen Besitzungen ebenfalls, und was für die Administration sicherlich wünschenswert war, konnte sich im Falle eines militärischen Aufeinandertreffens „polnischer“ Einheiten durchaus als problematisch erweisen und Loyalitätskonflikte auslösen. Und tatsächlich erwies sich die besondere „Polenkompetenz“, die sich die österreichisch-ungarischen Besatzer zusprachen, schnell als Chimäre. Bereits im Mai 1916 stellte das Außenministerium in einer internen Denkschrift fest, es sei „allgemein bekannt, dass bei der Besetzung der verantwortlichen Stellen das polnische Element übergangen wurde. Nicht eine einzige wichtigere militärische Stellung beim k. und k. Generalgouvernement nimmt ein Pole ein“; von den 24 Kreiskommandos leiteten Polen nur vier, wobei diese Regionen als die am effizientesten geleiteten charakterisiert wurden.²²

Funktionsposten blieben also aus der Doppelmonarchie stammenden Personen anderer nationaler Herkunft vorbehalten, ebenso wie die Stellen in der für den Kontakt mit den Einheimischen besonders wichtigen Gendarmerie. Dies entsprach durchaus den Machtverhältnissen in Österreich-Ungarn, wo polnische Interessen eben keine wichtige Rolle spielten, und sollte überdies einer befürchteten Verbrüderung zwischen besetzten und besetzenden Polen vorbeugen. Aufgrund der Berichte aus Lublin musste die Regierung in Wien allerdings Nationalitätenkonflikte innerhalb der Okkupationsorgane konstatieren, etwa mit Tschechen oder Juden. Deutschsprachige Österreicher stellten die Mehrzahl des Personals, „welches heutzutage den Charakter einer wohlorganisierten Clique angenommen hat; das Verhalten dieser Clique ist ein launenhaftes, aber stets von dem größten Misstrauen dem Polentum gegenüber diktiert“.²³

der lokalen Institutionen der sozialen Selbsthilfe auf dem Territorium des Königreichs Polen in den Jahren 1914-1918], in: Roczniki Dziejów Społecznych i Gospodarczych 61 (2001), S. 91-114, hier S. 95-98.

¹⁹ LEWANDOWSKI, Okupacja (wie Anm. 8), S. 32. Von nur 40 000 Besatzern spricht SCHEER, Österreich-Ungarns Besatzungsmacht (wie Anm. 8), S. 543.

²⁰ JÜRGEN OSTERHAMMEL: Kolonialismus. Geschichte – Formen – Folgen, München 2009, S. 70 f.

²¹ SCHEER, Österreich-Ungarns Besatzungsmacht (wie Anm. 8), S. 543, 545 und insbesondere 546 ff.; DIES., Zwischen Front und Heimat (wie Anm. 4), S. 76-79.

²² ÖStA HHStA, PA I, Liasse Krieg 11a – Polen/919: Denkschrift des k.u.k. Außenministeriums (Dr. Habicht) über das MGL, 15.05.1916.

²³ Ebenda.

Die Verwaltungsgliederung in Lublin unterschied sich von ihrem Pendant in Warschau. Dort war der Generalgouverneur General Hans von Beseler direkt dem Kaiser unterstellt, aber sein vor allem militärisches Aufgabengebiet flankierte eine recht unabhängige Zivilverwaltung, die etwa für die wirtschaftliche Ausbeutung des Landes zuständig war. Im Südosten Polens amtierten im Range eines Korpskommandanten die Generäle Erich Baron Diller (ab 1915), Karl Kuk (ab Ende April 1916), Graf Stanisław Szeptycki (ab Ende April 1917) und Antoni Lipošćak (ab Februar 1918).²⁴ Anders als ihr deutscher Kollege unterstanden die Gouverneure nicht direkt dem Kaiser, sondern dem k.u.k. Armeeoberkommando (AOK) in Teschen bzw. später im niederösterreichischen Baden. Als problematisch erwies sich daran das recht unmittelbare Abhängigkeitsverhältnis, das es dem Generalgouverneur nur selten erlaubte, Entscheidungen in eigener Verantwortung oder ohne umständliche Genehmigung durch seine Vorgesetzten zu erlassen. Dem AOK blieben legislative Maßnahmen, prinzipielle Regelungen und Abänderungen der bisherigen Grundrechte der Bevölkerung vorbehalten, so dass die Politik vor Ort starken Reglementierungen unterworfen war.²⁵ Diese militärische Vorherrschaft fand auch darin ihren Ausdruck, dass das so genannte Zivil-Landeskommissariat nur nachrangige Funktionen ausübte. Sämtliche leitenden Posten des Gouvernements und der Kreiskommandos wurden überdies von Offizieren und Militärbeamten versehen. Industriebetriebe sowie vor allem die landwirtschaftliche Produktion des eroberten Gebiets blieben stets unter militärischer Leitung.²⁶

Aus Sicht der Besatzer erwies es sich rasch als Problem, dass die Soldaten für derartige administrative Aufgaben nicht geschult waren²⁷ und – wie schon die Generalstabsoffiziere bei der Planung der Okkupation – kaum Interesse an wirtschaftlichen Fragen zeigten. Die Anwerbung von qualifizierten Nichtmilitärs für sonstige Posten und Aufgaben stellte sich nicht nur wegen der mangelnden Kompetenzen des Zivillandeskommissariats als schwierig heraus. Aus der Heimat meldeten sich oft ältere, kränkliche Leute, „die alle möglichen Zusicherungen ihrer gewohnten Bequemlichkeiten auch für das MGG. nebst auch ziemlich hohen Gehältern beanspruchen“²⁸. Dieses Personal wurde dann meist für Hilfstätigkeiten eingesetzt, während die in fachlicher Hinsicht

²⁴ Zur Verwaltungsgliederung und dem dortigen Personal SCHEER, Österreich-Ungarns Besatzungsmacht (wie Anm. 8), S. 549 ff. Vgl. auch DIES., Zwischen Front und Heimat (wie Anm. 4), S. 55-70.

²⁵ RUDOLF MITZKA: Die k.u.k. Militärverwaltung in Russisch-Polen, in: HUGO KERCHNAWE (Hrsg.): Die Militärverwaltung in den von den österreichisch-ungarischen Truppen besetzten Gebieten, Wien 1928, S. 8-52, hier S. 10.

²⁶ Ebenda, S. 13 f.

²⁷ KERCHNAWE (wie Anm. 25), S. 2 f. Von „erprobten Fachleuten und ausgezeichneten Organisatoren“ spricht demgegenüber HAUSNER (wie Anm. 14), S. 325 ff.

²⁸ AGAD, 312/1843: Protokollmeldung über die Auflösung der Ernteverwertungszentrale, 19.07.1917.

besser geeigneten Kräfte häufig nur auf eine Gelegenheit warteten, um nach Österreich-Ungarn zurückzukehren. Die bereits in Polen stationierten Militärs konnten auch deshalb nur selten ausgewechselt werden, weil zumindest die Einarbeitung vor Ort eine gewisse Qualifikation erforderte.

Nachdem er gut ein Jahr in Lublin verbracht hatte, legte der Generalstabschef des Gouvernements, Arthur Hausner, deshalb einen Entwurf zu einer Neugliederung der Besatzungsadministration vor. Hausner, der 1935 auch eine umfassende Darstellung seiner eigenen Tätigkeit publiziert hat²⁹, konstatierte einen aufgeblähten, langsamen Apparat, in dem sämtliche Entscheidungsstrukturen wie im AOK organisiert waren und beim Generalstabschef – also ihm selbst – zusammenliefen. Er plädierte daher für eine Aufwertung des Zivillandeskommissars und die Schaffung einer separaten Wirtschaftssektion, die freilich weiterhin unter militärischer Leitung stehen sollte.³⁰ Dieses wenig später realisierte Konzept entlastete die von Hausner geleitete Präsidialabteilung, die vorher in Zweifelsfällen und generell als letzte Instanz zu entscheiden gehabt hatte.

Allgemeine Regelungen über die Aufgaben dieser Besatzungsverwaltung waren bereits im Februar 1915 für das damals noch wesentlich kleinere Gebiet des Militärgouvernements (MG) Petrikau ergangen. Demnach hatte der geregelte Ablauf der Landwirtschaft absolute Priorität, um so möglichst hohe Erträge zu gewährleisten. Die Versorgung der einheimischen Bevölkerung mit Produkten aus dem eigenen Land sowie die Abführung von Überschüssen in die Heimat stellten in diesem Zusammenhang das wichtigste Ziel für das MGL dar. Zu diesem Zweck waren einerseits gegebenenfalls Spezialisten aus Österreich-Ungarn anzufordern, andererseits aber auch „Zwangsarbeit für Zwecke der Landeskultur“ in Betracht zu ziehen³¹; hinzu kam die Verteilung von Saatgut und Düngemitteln, so dass die komplette Erzeugungskette vom Anbau bis hin zu Ernte und Vertrieb in der Hand der Okkupanten lag. Staatsrechtliche Neuordnungen sollten vorerst ebenso wenig ergriffen werden wie legislatorische Maßnahmen, vielmehr galt es, sich an den bestehenden russischen Gesetzen zu orientieren – sogar in Bereichen wie dem Finanz- und Zollwesen, das als nicht besonders leistungsfähig erschien.³²

Ungeachtet mancher Annexionspläne und Vorstellungen von einer Neugestaltung Polens als Vasallenstaat waren die Mittelmächte dennoch daran inte-

²⁹ HAUSNER (wie Anm. 14).

³⁰ AGAD, 312/52, S. 9 ff.: Antrag des Generalstabschefs auf Änderung der Grundzüge für die Militärverwaltung Polens, 4.04.1916. Zu den Schwierigkeiten und Reibungen der Verwaltung auch HAUSNER (wie Anm. 14), S. 100 ff. AGAD, 312/50: MGL an die nachgeordneten Stellen, 20.03.1916.

³¹ ÖStA HHStA, PA I, Liasse Krieg 11a – Polen/918: Allgemeine Grundzüge für die Regelung der k.u.k. Militärverwaltung in den besetzten Gebieten Russisch-Polens, Februar 1915.

³² Vgl. umfassend zur deutschen Finanzpolitik im Generalgouvernement Warschau REINHOLD ZILCH: Okkupation und Währung im Ersten Weltkrieg. Die deutsche Besatzungspolitik in Belgien und Russisch-Polen 1914-1918, Goldbach 1994.

ressiert, ihre Besetzung in Übereinstimmung mit den völkerrechtlichen Abkommen der Haager Landkriegsordnung durchzuführen.³³ Dort war in den Artikeln 47-53 beispielsweise festgelegt, dass keine Plünderungen stattfinden dürften und die Kosten für die Verwaltung des okkupierten Landes „in demselben Umfange zu tragen [seien], wie die gesetzmäßige Regierung“.³⁴ Die Behandlung Polens als befreites Land, nicht jedoch als Teil des Russischen Reiches, ermöglichte großzügige Auslegungen, etwa in Bezug auf Naturalleistungen und Arbeiten, die gemäß des Abkommens ausschließlich für die Bedürfnisse des Besatzungsheers gefordert werden durften und „im Verhältnisse zu den Hilfsquellen des Landes stehen“ mussten.³⁵ Zumindest in der Theorie bedeutete Okkupation und Nutzbarmachung gemäß des Artikels 55 der Landkriegsordnung sogar, gewisse Investitionen vorzunehmen.³⁶ Schon im Februar 1915 war deshalb von einem umfassenden Programm für den Straßen- und Eisenbahnbau die Rede, das die eroberten Gebiete erschließen und einen raschen Abtransport von Gütern in die Heimat ermöglichen sollte.

Neben diesen grundsätzlichen Instruktionen war die Informationsgrundlage, auf der die Herrschaft beruhen sollte, denkbar schlecht. Landeskundliche Angaben wurden dem Militärgouvernement erst Ende Juli 1915 vom Außenministerium geliefert, das die öffentlich verfügbaren russischen Jahrbücher ausgewertet hatte.³⁷ Eine tiefer gehende Auseinandersetzung mit dem Okkupationsgebiet und den dort verfügbaren Ressourcen begann allerdings nicht vor Herbst 1916.³⁸

Erst ab diesem Zeitpunkt setzte sich allmählich die Erkenntnis durch, dass aus Lublin keinesfalls substanzielle Beiträge zur Versorgung der Heimat zu erwarten waren. Selbst die Beseitigung der unmittelbaren Kriegsschäden, welche die Ernte 1915 noch recht gering hatten ausfallen lassen, machte kaum Hoffnung auf einen größeren Überschuss. Eine Auswertung des Wiener Sektionsrats Friedrich von Boschan kam im August 1916 zu dem Ergebnis, dass die Pro-Kopf-Produktion von Getreide in Polen niedriger sei als der entsprechende Konsum in Cisleithanien und das Land sogar auf den Import von Vieh für Zucht und Ackerbau angewiesen sei; lediglich Kartoffeln würden

³³ Vgl. auch SCHEER, Österreich-Ungarns Besatzungsmacht (wie Anm. 8), S. 551 f.

³⁴ Internationale Übereinkunft betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs. Reglement, abgeschlossen am 29.07.1899, Artikel 47-56, Zitat aus Artikel 48.

³⁵ Ebenda, Artikel 52.

³⁶ Ebenda, Artikel 55: „Der Staat, von dem die Besetzung ausgeht, betrachtet sich nur als Verwalter und Nutznießer der öffentlichen Gebäude, Liegenschaften, Wälder und landwirtschaftlichen Anlagen, die dem feindlichen Staate gehören und in dem besetzten Gebiete liegen. Er ist verpflichtet, den Grundstock dieser Güter zu schützen und sie nach den Regeln des Nießbrauchs zu verwalten.“

³⁷ ÖStA HHStA, PA I, Liasse Krieg 11a – Polen/918: Statistische Zentralkommission an Außenministerium, 27.07.1915.

³⁸ Ebenda, Nachlass Boschan/2: Wirtschaftsgeographie des k. und k. Verwaltungsgebietes von Polen unter Berücksichtigung des gesamten neuen Polen, von Dr. Hermann Leiter, November 1916. Diese Denkschrift umfasst 69 Seiten.

über den Eigenbedarf hinaus angebaut, ein Gewinn sei ansonsten höchstens im Bereich der Forstwirtschaft zu erwarten.³⁹ Auch erschwerte die mangelhafte Erschließung des Landes den Abtransport von lokalen Überschüssen, so dass ein anderer Expertenbericht empfahl, insbesondere Kartoffeln zu Schnaps zu destillieren, um so einem Verfaulen der Ernte vorzubeugen.⁴⁰

Die Erwartungen waren freilich wesentlich höher gewesen. Dazu trug das MGL selbst bei, indem es entsprechende Berichte lancierte und so auch die eigene Existenz legitimierte. Mit Lebensmittellieferungen und Kohle aus dem an der südlichen Grenze zum Generalgouvernement Warschau gelegenen Fördergebiet Dąbrowa sollte Lublin „eine wichtige Stütze der Kriegswirtschaft der Monarchie“ werden. Dafür allerdings sei es notwendig, nicht so sehr an Förderung und Aufbau des besetzten Gebietes zu denken, sondern „zuerst den militärischen und wirtschaftlichen Erfolg sichern“ zu wollen.⁴¹ Deshalb wies das für Polen zuständige Etappen-Oberkommando (EOK) bereits im Januar 1915 die Verantwortung für die Versorgung der Einheimischen von sich. Zwar könne „man die Leute schließlich nicht verhungern lassen“, aber eine eventuell notwendige Lebensmittelzufuhr sei ganz eindeutig „Sache der Regierungen und des Kriegsministeriums“.⁴² Nur wenige Monate nach Beginn des Ersten Weltkriegs hatten die Militärs erkennen müssen, dass keinerlei Planungen und Vorkehrungen für lange Kampfhandlungen getroffen worden waren und dadurch große Belastungen auf die Doppelmonarchie zukommen würden. Die Schuld dafür wälzten sie auf die Administration in Wien ab.

Hinter die unmittelbaren Kriegsnotwendigkeiten hatten langfristige Überlegungen zurückzutreten. Nichts durfte die Versorgung der Armee und damit den Sieg gefährden, alle dafür geeigneten Maßnahmen galten als alternativlos. Das selbst auferlegte Denkverbot verhinderte letztlich längerfristige Strategien, denn niemand dachte 1915 oder 1916 daran, dass der Krieg noch mehrere Jahre dauern könnte; zukunftsweisende Investitionen und Planung galten daher höchstens als grundsätzlich wünschenswert, keinesfalls aber als angebracht oder notwendig. Oberstes Ziel war daher auch in Polen, die „Leistungsfähigkeit des Landes möglichst zu heben und hierdurch zum wirtschaft-

³⁹ Ebenda: Materialien für die Friedensverhandlungen (Ackerbau, Viehzucht und Staatsdomänen in Russisch-Polen), von Sektionsrat Dr. Friedrich von Boschan, August 1916.

⁴⁰ AGAD, 312/37: Bericht des Professors Rogoyski, Abschlussempfehlungen, 12.10.1915. Vgl. auch ÖStA-HHStA, PA I, Liasse Krieg 11a – Polen/918: Bericht Rogoyskis über die in der Zeit vom 19. bis 26. März 1915 nach Polen unternommene Reise.

⁴¹ Ebenda: Internes Schreiben des MGL, 27.01.1916.

⁴² ÖStA HHStA, PA I, Liasse Krieg 11a – Polen/921: EOK-Denkschrift über Polen vom 25.01.1915.

lichen Durchhalten denkbarst intensiv beizutragen“ – und zwar „ohne Rücksicht auf Kosten und Rentabilität“.⁴³

Theoretisch gab es nun zwei Wege, um die Volkswirtschaft auf die Bedürfnisse der Kriegswirtschaft auszurichten: erstens den freien Markt, zweitens die staatliche Lenkung, bei der das MGL die Beschaffung und Verteilung der Ressourcen reglementierte und die Durchführung der Produktion generell seiner Aufsicht unterstellte. Sehr bald setzt sich eine Mischform durch. Sie verband ein geringes Maß an Marktmechanismus mit einem großen Teil staatlicher Reglementierung. Das Besatzungsstatut bot ganz andere Bedingungen dafür, in den Produktionsprozess einzugreifen, als in der Heimat denkbar gewesen wäre.⁴⁴ Allerdings lief dieser Vorgang in einer Art Lernprozess ab, in dem erst nach und nach diejenigen Maßnahmen identifiziert werden konnten, die den größten Nutzen versprachen. Zunächst zeigte sich, dass das mangelhafte Verständnis der Besatzer für wirtschaftliche Vorgänge die effiziente Ausbeutung des Landes stark behinderte. Die meisten Kreiskommandos, die dem Militärgouverneur nachgeordnet und dessen regionale Vertreter vor Ort waren, delegierten anfänglich die Ernteaufbringung und schenken ihr wenig Beachtung, obwohl die Vorgesetzten mehr als einmal darauf hinwiesen, dass ihr zentrale Bedeutung zukäme und sie daher der persönlichen Verantwortung der Kommandanten obliege.⁴⁵

Immer wieder insistierte auch das AOK darauf, das besetzte Gebiet „in größerem Maße als bisher zur Erleichterung der durch den Krieg der Monarchie aufgebürdeten Lasten“ heranzuziehen. Aus diesem Grund sah es die Militärführung in Teschen als unumgänglich an, nicht nur Landwirtschaft und Kohleabbau zu intensivieren, sondern dabei auch so sparsam wie möglich vorzugehen und, sofern realisierbar, neue Einnahmequellen zu erschließen.⁴⁶ Die Vorstellungen der Militärs divergierten dabei durchaus von denen des Außenministeriums, das Polen als einen möglichen Verbündeten gewinnen wollte – auch, weil diese Nation Soldaten stellen sollte. Demgegenüber war das Heer der Ansicht, dass die „kulturelle Hebung“ des Landes gerade nicht zentral sei; ein langfristiger wirtschaftlicher Aufbau stelle keine Priorität dar, Ausgaben dürften nur für unmittelbar militärische, nicht aber für ökonomische Zwecke erfolgen. Eine Amortisation galt schon deshalb als fraglich, weil nicht mit einem noch länger andauernden Krieg gerechnet wurde: „In dieser Hinsicht dürfen nur Investitionen, die auf die Ausnützung des Landes abzielen und diese nur in Form provisorischer Anlagen, platzgreifen.“⁴⁷

⁴³ AGAD, 312/1831: Denkschrift der Wirtschaftssektion über die Wirtschaftspolitik im MGL, 1.11.1916.

⁴⁴ REGINA ROTH: Staat und Wirtschaft im Ersten Weltkrieg. Kriegsgesellschaften als kriegswirtschaftliche Steuerungselemente, Berlin 1997, S. 19 f., 24.

⁴⁵ AGAD, 312/42: Etappenoberkommando an MGL, 29.11.1915.

⁴⁶ Ebenda, 312/1850: MGL an Kreiskommandos, 2.09.1916. Weitergabe eines AOK-Befehls vom 23.08.1916.

⁴⁷ Ebenda.

Gegen diese Vorstellungen des AOK stand immer auch die Außenpolitik, die in Abstimmung mit dem deutschen Verbündeten eine staatliche Lösung für das besetzte Gebiet anstrebte. Die gemeinsame Proklamation des Königreichs Polen am 5. November 1916 war die logische Konsequenz aus dieser Überlegung.⁴⁸ Allerdings bedeutete das nicht, dass der wirtschaftliche Zugriff auf das Land gemildert worden wäre. Der deutsche Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg und der von Kaiser Karl I. neu ernannte k.u.k. Außenminister Ottokar Graf Czernin kamen in einer Besprechung am 6. Januar 1917 überein, dass vorerst weder eine politische noch eine ökonomische Selbständigkeit Polens angestrebt werden solle. Der Thron blieb demzufolge vakant.⁴⁹ Das Hauptinteresse, das zur Ausrufung des Königreichs geführt hatte, war die Rekrutierung von Soldaten, die in den Armeen der Mittelmächte dienen sollten. Da die polnischen Parteien und Bürger bald ihre Machtlosigkeit bemerkten und die Proklamation als reine Propaganda wahrnahmen, blieben die Erfolge bei der Errichtung der Polnischen Wehrmacht (*Polska Siła Zbrojna*) gering, es gelang bis 1918 nicht, mehr als rund 5 000 Mann zu rekrutieren.⁵⁰

Die Bevölkerung zeigte nur wenig Willen zu einer Zusammenarbeit mit den Okkupanten, die sie eben nicht als die Befreier vom russischen Joch wahrnahm, sondern nur als andere Herren, die ihr harte Lasten auferlegten. Die Militärs wären deshalb gern härter gegen sie vorgegangen, um mehr aus dem Land herauszuholen. Spätestens seit der Proklamation des Königreichs gebot aber die politische Vernunft, „allzugroße Rücksichtslosigkeit und Härte bei Eintreibung der beschlagnahmten Produkte zu vermeiden“⁵¹. So blieb dem AOK nichts anderes übrig als das bisherige Vorgehen zu überprüfen und eine Neuordnung der Verwaltung anzustreben.

Allerdings herrschte in Wien inzwischen die Einsicht vor, dass die zwei Generalgouvernements ein Land getrennt hatten, das mit koordinierten Maßnahmen besser nutzbar gemacht werden könnte. Damit war keinesfalls eine Verschmelzung der zwei Gebiete gemeint, denn das verhinderte einerseits die Rivalität zwischen Deutschland und Österreich und andererseits die Tatsache, dass diese sich noch nicht auf die Zukunft eines vereinigten Polens verständigt hatten. Die Grenze zwischen dem Warschauer und dem Lubliner Gebiet musste zudem deshalb bestehen bleiben, weil die Doppelmonarchie einen Ab-

⁴⁸ LEON GROSFELD: Die Proklamation des Königreichs Polen am 5. November 1916, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (1956), Beiheft 3, S. 135-176; siehe auch SZYMCZAK (wie Anm. 5), S. 177-235; STEGLICH/WINTERHAGER (wie Anm. 6).

⁴⁹ ÖStA HHStA, PA I, Liasse Krieg 56a/3/1013: Protokoll einer Besprechung zwischen Bethmann-Hollweg und Czernin, 6.01.1917.

⁵⁰ JERZY PAJAK: O rząd i armię. Centralny Komitet Narodowy (1915-1917) [Für Staat und Armee. Das Zentrale Nationalkomitee (1915-1917)], Kielce 2003.

⁵¹ Österreichisches Staatsarchiv, Kriegsarchiv (künftig zit. ÖStA KA), AOK-Quartiermeister-Abteilung, Referenten-Faszikel/2590: Übersicht über die bisherige wirtschaftliche Ausnutzung der okkupierten Gebiete von Polen, Serbien und Montenegro, AOK-Quartiermeisterabteilung, 22.12.1916.

fluss von Lebensmitteln in den weit weniger ertragreichen Norden befürchtete und gleichzeitig keine Chance sah, von den Deutschen als Kompensation Güter aus dem stärker industrialisierten Warschauer Territorium geliefert zu bekommen. Als Folge davon standen zwar die wenigen Fabriken in Lublin meist wegen mangelnder Ersatzteile still, aber das primäre Interesse galt ohnehin den Nahrungsmitteln. Beabsichtigt war im Wesentlichen eine engere Absprache der beiden Besatzungsmächte bezüglich der Aufbringung der Ernte und der Festsetzung der Preise, um den grassierenden Schmuggel zwischen den beiden Gebieten einzudämmen.⁵²

Keine Aufwertung sollten auch marktwirtschaftliche Prinzipien erfahren. Deshalb war weder an einen Nahrungsmittelhandel gedacht, den Zivilisten hätten durchführen können, noch gar an eine stärkere Beteiligung der Einheimischen; der neu geschaffene Polnische Staatsrat⁵³ galt sowieso als unwilliges, unzuverlässiges Gremium von Nationalisten. Nach wie vor blieben die Kernfunktionen der Besatzungsökonomie in militärischer Hand.⁵⁴ Eine zwischenzeitlich eingeführte polnische Handelsorganisation, die mit der Ernteaufbringung betraut gewesen war, erwies sich als wenig erfolgreich und wurde wieder abgeschafft. Das MGL behielt deshalb auch nach der Proklamation Polens zum Königreich seinen Status als reines Okkupationsgebiet.⁵⁵ Die Staatsgewalt, die den Einheimischen übergeben werden sollte, erstreckte sich nicht auf die Gebiete Bergbau, Schifffahrt, Eisenbahn- und Straßenwesen, Post, Telegraf und Telefon, Polizei, Presse und Zoll sowie – am wichtigsten – die „wirtschaftliche Gewinnung und Verwertung von Landesprodukten in jenem Ausmaße, in dem es die Kriegsführung jeweils unbedingt erfordert und das – vorbehaltlich eines Mehrbedarfes – nach Möglichkeit den polnischen Behörden im voraus bekannt gegeben wird“.⁵⁶

2 Die Ausbeutung der Landwirtschaft

Im MGL bildete die Nutzbarmachung der Landwirtschaft für die eigenen Zwecke das zentrale Interesse der Doppelmonarchie. Das Land sollte nicht nur die dort stationierten Truppen ernähren, sondern auch einen möglichst großen Beitrag für die Versorgung der Heimat liefern; der Abschub nach Ös-

⁵² AGAD, 312/1851: Studie über die Vereinheitlichung der Verwaltung Polens, verfasst vom MGL, mit Anmerkungen des AOK, 20.03.1917.

⁵³ WŁODZIMIERZ SULEJA: Tymczasowa Rada Stanu [Der Provisorische Staatsrat], Warszawa 1998.

⁵⁴ Vgl. das Dokument „Studie über die Vereinheitlichung der Verwaltung Polens, 1.5.1917“, in: KAZIMIERZ WŁADYSŁAW KUMANIECKI: Czasy lubelskie. Wspomnienia i dokumenty (18.IV.1916 - 2.XI.1918), Kraków 1927, S. 133 f.

⁵⁵ MANFRIED RAUCHENSTEINER: Der Tod des Doppeladlers. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg, Graz u.a. 1994, S. 463 f.

⁵⁶ Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, R 1501/119703, S. 2 ff.; Protokoll einer Besprechung im k.u.k. Außenministerium am 8.-10.11.1917.

terreich-Ungarn firmierte zunächst unter dem Schlagwort „Achat“⁵⁷ bzw. – bei Raufutter – „Raff“⁵⁸. Mit welchem Vorgehen sich die höchsten Erträge erzielen ließen, musste aber erst herausgefunden werden.

1915 begannen die Okkupanten mit einer vollständigen Beschlagnahme der Ernte, nahmen die Saatgutverteilung in ihre Hände und führten zudem eine Kontingentierung der Lebensmittelversorgung in den wenigen Städten des MGL ein. Den Bewohnern wurden 300 Gramm Mehl pro Tag zugestanden. Jeglicher An- und Verkauf von Grundnahrungsmitteln wie Getreide oder Kartoffeln lief nur über die Besatzungsverwaltung und von ihr autorisierte Händler.⁵⁹ Als daraufhin nicht wenige Bauern angesichts der Ablieferungspflicht keine ökonomischen Anreize mehr zu einer gesteigerten Ernte sahen, wurden sie teilweise unter Zwang zur Arbeit auf dem Feld herangezogen. Kam es zu Sabotageakten, wie etwa Feuer an Heuschobern, beugten die Österreicher weiteren Störungen vor, indem sie die angesehensten Leute der Gemeinde als Geiseln nahmen.⁶⁰

Schnell erwies sich die Unmöglichkeit von Investitionen in die Landwirtschaft. Die Besatzer verzichteten auf die Anschaffung von Motorpflügen, weil diese zu teuer und die Betriebskosten zu hoch waren. Stattdessen setzte die Militärverwaltung auf den verstärkten Einsatz von Erntebrigaden, in denen Landarbeiter zusammengefasst und koordiniert auf den Äckern verwendet wurden.⁶¹ Immerhin hatte dieses Vorgehen den Erfolg, dass vor Einbruch des Winters 1915/16 ausreichend Vorräte für die Stadtbevölkerung, die sich nicht selbst versorgen konnte, vorhanden waren. Die Okkupanten kalkulierten mit einer Tagesration von 400 Gramm Getreide, die bis zur nächsten Ernte sichergestellt war, und verfügten trotzdem noch über mehrere tausend Waggonladungen Nahrungsmittel, die sie in die Heimat liefern konnten. Allerdings bedeutete die gesicherte Grundversorgung nicht, dass beispielsweise in nennenswertem Maßstab noch Viehzucht hätte betrieben werden können – während der Kampfhandlungen und wegen der durchs Land ziehenden Armeen war die Zahl an Rindern und Schweinen auf rund ein Viertel des Vorkriegsbestands gesunken, und eine Auffrischung der Bestände war während des Krieges undenkbar.⁶² Nicht langfristige Nutzbarmachung, sondern schnelle Ausbeutung war das Ziel.

Bei der Ernte 1915 setzte die Militäradministration auf die Ablieferung von Überschüssen, die zu einem vorgegebenen Preis von den Behörden aufgekauft wurden. Doch für die Bauern war es leicht, ihre Ernte zu verbergen und dann auf dem Schwarzmarkt zu wesentlich höheren Erlösen zu verkaufen.

⁵⁷ AGAD, 312/1831: Instruktion Nr. 1 der Feldtransportleitung Krakau, 18.10.1916.

⁵⁸ Ebenda, 312/1833: Befehl des MGL an die nachgeordneten Dienststellen, 23.03.1917.

⁵⁹ Ebenda, 312/4: Direktiven für die Hereinbringung und Verwertung der Ernte im Jahre 1915 im MG Petrikau.

⁶⁰ Ebenda: Armee-Etappenkommando an MG Petrikau, 21.07.1915.

⁶¹ Ebenda, 312/3: Etappenoberkommando an MG Petrikau, 4.07.1915.

⁶² Ebenda, 312/26: MGL an EOK, 21.10.1915.

Einzig das Kreiskommando Miechów wandte eine viel versprechende Methode an: Dort wurde eine Kontingentierung eingeführt, die jeder Ortschaft eine bestimmte Menge an abzulieferndem Getreide auferlegte und auch die Liefertermine vorschrieb. Wien verordnete daher, dass das gesamte MGL die Aufbringung in analoger Weise regeln sollte. Zugleich aber waren Vorbereitungen zu treffen, um im Falle des Versagens dieser Maßnahmen bereits ab Januar 1916 erneute militärische Requisitionen einzuleiten.⁶³ Überhaupt war der Rückgriff auf Soldaten unerlässlich, denn bei der Nahrungsmittelaufbringung handelte es sich um eine Frage, hinter der „alle übrigen zurückzutreten haben angesichts der zentralen Bedeutung, die der Ernährung im Kriege“ zukam. Es liege, so urteilte das AOK, im unmittelbaren Interesse der Doppelmonarchie, dass „alle entbehrlichen Leute, Pferde und Fuhrwerke zu Landarbeiten herangezogen“ würden⁶⁴, um aus den polnischen Gebieten den maximalen Ertrag herauszuholen.

Erich Baron Diller und sein Nachfolger Karl Kuk setzten zu diesem Zweck auf ein kompliziertes System, bei dem zunächst für die einzelnen Kreise die angebaute Fläche für die verschiedenen Früchte festgesetzt und dann mit einem Faktor zur Bodengüte verrechnet wurde. Dann zählte der Kreiskommandant die Bevölkerung und die Pferde in seinem Gebiet, denen jeweils bestimmte Quoten an Lebensmitteln zustanden. Dieses Ergebnis wurde vom geschätzten Ertrag abgezogen, woraus sich die Kontingente für die jeweiligen Anbausorten ergaben – die teilweise auch negativ sein konnten. Die Gesamtübersicht für das besetzte Gebiet ergab eine Anbaufläche von etwa 8 600 Quadratkilometern, also etwas mehr als ein Fünftel des MGL. Die geschätzten Erträge lagen bei über einer Million Tonnen Lebensmittel pro Erntejahr. Davon sollten fast 80 Prozent als Saatgut bzw. zur Ernährung im Lande bleiben, während der Rest für die k.u.k. Truppen und für die Doppelmonarchie bestimmt war.⁶⁵

Diese Erwartungen erfüllten sich indes nicht. Allein für 1916 wurde eine für die Ausfuhr zur Verfügung stehende Warenmenge prognostiziert, die, wie sich später herausstellte, in etwa der Menge an Lebensmitteln entsprach, die in den Jahren 1915 und 1916 zusammengenommen in die Heimat geschickt und von den Einheiten vor Ort verbraucht wurde.⁶⁶ Hinzu kam, dass Getreide und Kartoffeln bisweilen in offenen Eisenbahnwaggons verdarben, weil die Liefer- und Transporttermine nicht aufeinander abgestimmt waren, und dadurch zusätzliche Diskrepanzen zwischen Ausfuhr und Einfuhr entstanden.⁶⁷ Kurz gesagt: Die zuständigen militärischen Stellen vor Ort waren nicht in der Lage, die organisatorischen Herausforderungen zur Zufriedenheit des AOK

⁶³ Ebenda, 312/1859: Etappenoberkommando an MGL, 29.11.1915.

⁶⁴ Ebenda, 312/46: MGL an nachgeordnete Einheiten, 7.02.1916. Ähnlich auch in AGAD, 312/49: MGL an nachgeordnete Einheiten, 8.03.1916.

⁶⁵ Ebenda, 312/1831: Kontingentierung-Ermittlung für Kreise des MGL [Frühjahr 1916].

⁶⁶ RAUCHENSTEINER (wie Anm. 55), S. 463 f.

⁶⁷ AGAD, 312/1831: Kriegsministerium an EVZ, 14.10.1916.

zu erfüllen. Mit der im Herbst 1916 geschaffenen Ernteverwertungszentrale (EVZ) kontrollierte und koordinierte daher schließlich eine eigenständige Organisation – die freilich nach wie vor unter militärischer Leitung stand – den Kreislauf der wichtigsten Agrarerzeugnisse.⁶⁸

Die Verantwortlichen in Wien und Lublin erkannten bald, dass sich höhere Ablieferungsquoten nur über ökonomische Anreize erzielen ließen. Angesichts der begrenzten finanziellen Mittel wollten auch sie aber auf Zwang nicht verzichten. So wurde ein System eingeführt, in dessen Rahmen die ansonsten reglementierten Preise überschritten werden konnten, wenn die Bauern beispielsweise Kartoffeln freiwillig zu den Sammelstellen brachten – was generell mit einem Aufschlag von 30 Prozent gegenüber dem Grundpreis honoriert wurde. Falls sich Dörfer jedoch weigerten, ihr Kontingent zu erfüllen, nahmen ihnen die speziell zu diesem Zweck eingesetzten militärischen Ernteeintreiber ihre Erzeugnisse zu den Grundpreisen ab; eine entschädigungslose Enteignung war in keinem Fall vorgesehen.⁶⁹ Hinsichtlich der Bezahlungsrichtlinien bei der Lebensmittelrequisition ist überdies anzumerken, dass es sich um reglementierte Preise handelte, die keinesfalls dem marktüblichen Verkaufswert entsprachen und die Landwirte auch nicht in die Lage versetzten, auf dem freien (Schwarz-)Markt einzukaufen. Insofern stellte die Bezahlung tatsächlich zumindest eine teilweise Enteignung dar. Requisitionen gegen Geld waren genauso eine Gewaltmaßnahme wie die entlohnte Tätigkeit in einer Arbeiterabteilung, sofern sie gegen den Willen des Betroffenen erfolgte.⁷⁰

Freilich blieb diese Besatzungspraxis nicht ohne Widerspruch. Ganz im Gegenteil trafen zahlreiche Beschwerden ein, auch über zu hohe Kontingente. Die Behörden reagierten in solchen Fällen mit Appellen an den Patriotismus der Einwohner: Ihre Leistung trage zum Sieg der Mittelmächte bei, der letzt-

⁶⁸ HAUSNER (wie Anm. 14), S. 366-372.

⁶⁹ AGAD, 312/1833: Anordnung des MGL betreffend die Kartoffelernte, 24.03.1917.

⁷⁰ Eine andere Meinung vertritt SCHEER, Österreich-Ungarns Besatzungsmacht (wie Anm. 8), S. 553. Dort findet sich auch die in der zeitgenössischen Propaganda vertretene Auffassung, dass es „nicht abwegig“ sei, die Arbeiterabteilungen als „sozial darzustellen mit dem Hinweis, dass den Arbeitern und Arbeiterinnen ortsübliche Löhne ausbezahlt würden“. Zur Arbeitskräftepolitik im Generalgouvernement Warschau siehe CHRISTIAN WESTERHOFF: Deutsche Arbeitskräftepolitik in den besetzten Ostgebieten, in: Nordost-Archiv N.F. 17 (2008), S. 83-107, hier S. 85-92 und 105 f. Die Beurteilung der dortigen Arbeiten als Zwangsarbeit bei DEMS.: Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg? Rekrutierung von Arbeitskräften aus Polen und dem Baltikum für die deutsche Kriegswirtschaft 1914-1918, in: DIETER BINGEN, PETER OLIVER LOEW u.a. (Hrsg.): Interesse und Konflikt. Zur politischen Ökonomie der deutsch-polnischen Beziehungen, 1900-2007, Wiesbaden 2007, S. 143-160, hier S. 147-151. Vgl. aktuell und ausführlich DERS.: Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg. Deutsche Arbeitskräftepolitik im besetzten Polen und Litauen 1914-1918, Paderborn 2012.

lich die Befreiung der Polen vom zaristischen Joch zum Ziel habe.⁷¹ Um die Kritik an der fremdbestimmten Politik zu verringern, gründeten Deutsche und Österreicher zudem im Mai 1917 einen polnischen Landwirtschaftsrat⁷², der im Juli auch formal die Ernteorganisation übernahm.⁷³ Wirklich autonom war diese Organisation nicht, denn ein Regierungskommissar beaufsichtigte sie, und ihre einzige Aufgabe war die „richtige handelstechnische Führung des Getreideaufkaufes“.⁷⁴ Die Kreiskommandos vor Ort überwachten die korrekte Durchführung der Ernteerfassung. Die Verantwortung für die Erfüllung der lokalen Kontingente lag nach wie vor in ihren Händen, und sie stellten die erfolgreiche Aufbringung notfalls mit „Zwangs- und Machtmitteln“ sicher.⁷⁵ Ganz unabhängig davon war dem Versuch, auf eine Kooperation mit den Einheimischen zu setzen, kein Erfolg beschieden. Das lag nicht zuletzt daran, dass auch die polnischen Gremien nicht die Preise zahlen konnten, die den Bauern auf dem Schwarzmarkt geboten wurden. Darüber hinaus konstatierten die Okkupanten ein hohes Maß an Misswirtschaft, etwa wenn in den Gemeinden die aus der lokalen Bevölkerung gebildeten Getreidekommissionen, denen der Gemeindevorsteher bzw. sein Stellvertreter, ein Vertreter der Landwirte und ein Schriftführer angehörten, den zu erwartenden Ertrag viel zu niedrig schätzten, weil der Ort dadurch weniger abliefern musste. Die vorgesehene Kontrolle durch polnisch sprechende Unteroffiziere oder „sonstige Vertrauenspersonen“ versagte völlig, weil nicht genügend geeignetes Personal vorhanden war.⁷⁶ Die Kontingentierung wurde daraufhin erneut von oben reguliert. Anstatt wie bisher das mögliche Aufkommen vor Ort zu schätzen oder gar nur bestimmte Überschüsse zu verlangen, wurde aus Lublin den einzelnen Kreisen die Quoten vorgegeben⁷⁷, die selbst in den Augen der Kreiskommandos oft viel zu hoch waren.⁷⁸

Die Nutzbarmachung der Landwirtschaft erbrachte trotz gar nicht einmal so geringer Steigerungen – von der Ernte 1916/17 wurden bis Mai 1917 knapp über 240 000 Tonnen nach Österreich-Ungarn verbracht sowie den Truppen in Polen zur Verfügung gestellt⁷⁹ – nach wie vor nicht die Mengen

⁷¹ Siehe exemplarisch AGAD, 312/1833: Eingabe der Landwirtschaftlichen Gesellschaft im Kreis Petrikau, 13.03.1917, und die Antwort des MGL an das Kreiskommando Petrikau, das durchaus eine gewisse Berechtigung in der Beschwerde sieht, 11.04.1917.

⁷² HAUSNER (wie Anm. 14), S. 366-372.

⁷³ AGAD, 312/1833: MGL an Heeresbahnkommando Radom, 8.08.1917.

⁷⁴ ÖStA KA, NFA, MGG Polen/1594: MGL an Kreiskommandos, 14.08.1917.

⁷⁵ Ebenda.

⁷⁶ AGAD, 312/1843: Anbauflächenaufnahme 1917, Anordnung des Zivillandeskommissariats an nachgeordnete Stellen, 19.05.1917. Zur Organisation der polnischen Kommissionen auch ebenda, 312/1833: Erlass des MGL, 7.07.1917.

⁷⁷ MITZKA (wie Anm. 25), S. 45-48. Siehe auch ÖStA HHStA, PA I/56a/1,2/1011: Bericht Nr. 98 des Gesandten des Außenministeriums beim MGL, 10.09.1917.

⁷⁸ AGAD, 312/1834: Monatsbericht Kreiskommando Pinczów, März 1918.

⁷⁹ Ebenda, 312/1833: Stellungnahme der EVZ zur Ernte 1916/17, 10.07.1917.

an Nahrungsmitteln, die sich die Doppelmonarchie erhofft hatte. Im Zuge eines Kurses ständiger Reorganisation und Adaption änderte das MGL daher im Juli 1917 die Funktion der EVZ. Diese war nun nicht mehr für die konkrete Ernteaufbringung zuständig, sondern betätigte sich ausschließlich als Kaufs- und Verkaufsorganisation, organisierte also den Abtransport von Getreide und Kartoffeln in die Heimat. Die Umstrukturierung diente nicht zuletzt dem Ziel, weniger Soldaten in Polen zu binden und damit für die Front verfügbar zu machen.⁸⁰

Indes bedeutete die Unzufriedenheit der Besatzer mit der Menge der abtransportierten Lebensmittel nicht, dass die Einwohner im Okkupationsgebiet im Überfluss lebten. Ganz im Gegenteil zeitigte die Ausbeutungspolitik ihre Auswirkung einerseits auf die vorhandene Agrarindustrie, die mangels Rohmaterialien vielfach nicht produzieren konnte, und andererseits auf die Stadtbevölkerung, die nicht ausreichend versorgt wurde. Die dennoch angeordneten Durchsuchungen von Gehöften konnten den Mangel allein schon deshalb nicht verringern, weil selbst die Bauern keine Vorräte mehr hatten. Die Maßnahmen Österreich-Ungarns nahmen beinahe absurde Züge an, etwa wenn der Kreis Radom im Mai 1917 meldete, dass dorthin entsandte Militärkommandos bei der Durchkämmung nach Getreide vollkommen erfolglos gewesen seien, „da der Kreis schon 5 mal nach Getreide durchgesucht wurde“.⁸¹ Um den allgegenwärtigen Hunger und die Klagen über den ständigen Mangel zu verringern⁸², reduzierten die Besatzer die Mehlquote für die Polen von 200 auf 140 Gramm pro Tag, was immerhin eine Grundversorgung garantierte, zumal im April 1917 zusätzlich zwei mehllose Tage eingeführt wurden. Ein Jahr später, wieder zu Ausgang des Winters, war die Situation wegen der abermals verschärften Ausplünderung noch schlechter. Nachdem zwischenzeitlich 170 Gramm, auch diese gestreckt mit 20 Prozent Kartoffelflocken, verteilt werden konnten, reduzierte sich die Menge auf 100 Gramm pro Person und Tag. Die Zahl der Volksküchen stieg von 143 im Mai 1917 auf 210 im Juli 1917, die 1 496 800 Portionen ausgaben – davon 820 000 umsonst.⁸³ Hier zeigt sich, welche ökonomischen Interdependenzen selbst eine agrarisch geprägte Gesellschaft kennzeichnen: Da die wenigen Lebensmittel verarbeitenden Fabriken, in denen die Stadtbevölkerung Arbeit finden konnte, stillstanden, weil die Grundstoffe abtransportiert wurden, grassierten selbst im k.u.k. Herrschaftsgebiet Arbeitslosigkeit und steigende Armut.

Der Misserfolg bei der Lebensmittelrequirierung wurde 1918 durch die schlechte Kriegslage noch verstärkt, da letztlich geeignete Männer fehlten,

⁸⁰ Ebenda, 312/1843: Protokollmeldung über die Auflösung der EVZ, 19.07.1917.

⁸¹ Ebenda, 312/1833: Monatsbericht des Kreises Radom an das MGL, für Mai 1917.

⁸² ÖStA HHStA, PA I/56a/1,2/1011: Stimmungsbild in Polen auf Grund der Briefzensur im Juli 1917.

⁸³ MITZKA (wie Anm. 25), S. 45-48. Zu den Rationen auch AGAD, 312/1834: Kreiskommandant Lublin, Bericht, 21.03.1918, und Stellungnahme dazu durch die Wirtschaftssektion, 27.03.1918.

um genügend Kontrolle und Druck ausüben zu können. Das galt umso mehr, als die Machtausübung mittels Gewalt ganz unten ansetzte, bei Kleingrundbesitzern mit einem Besitz von 1 bis 2,5 Hektar. Dort war zwar keine ernsthafte Gegenwehr zu erwarten, aber da Polen ganz überwiegend von solchen Kleinstlandwirtschaften dominiert wurde, erforderte die Durchkämmung einen hohen Personalaufwand. Schon das machte die Durchführung schwierig, doch auch die Erfolgsaussichten waren angesichts des Umstands, dass derartige Betriebe naturgemäß keine große Ernte vorzuweisen hatten, zweifelhaft.⁸⁴ Die Okkupanten setzten daher zusätzlich auf Denunziation und belohnten ihre Unterstützer mit bis zu 20 Prozent der dank ihrer Hilfe eingetriebenen Vorräte. Wer Getreide oder Kartoffeln versteckte, hatte mit hohen Geldstrafen bis zu 5 000 Kronen sowie einem maximal halbjährigen Arrest zu rechnen; zudem drohte ihm die Beschlagnahme seiner Ernte und somit *de facto* der wirtschaftliche Ruin.⁸⁵

Im letzten Kriegsjahr ließ der stetig steigende Bedarf an Fronttruppen einen Einsatz von Soldaten in der k.u.k. Ernteverwaltung nicht mehr opportun erscheinen. Doch die ersatzweise geschaffenen polnischen Institutionen waren nicht geneigt, ihre Landsleute zum Zwecke der Lebensmittelversorgung der Doppelmonarchie auszupressen.⁸⁶ Im April 1918 nahmen die Okkupanten daher die polnischen Ernteorganisationen und deren Magazine wieder unter ihre eigene Verantwortung. Obwohl diese Institutionen im Volk nicht beliebt gewesen waren, erschienen sie gegenüber der Militärverwaltung doch als das kleinere Übel. Die Bevölkerung leistete daher gegen diese Maßnahme teils massiven Widerstand, so dass das Vorhaben nicht selten mit Waffengewalt durchgesetzt werden musste.⁸⁷

Vor dem Hintergrund des andauernden Scheiterns der im Wesentlichen staatlich gelenkten Besatzungswirtschaft gewannen im Frühjahr 1918 wieder ökonomische Überlegungen an Bedeutung. Die Kosten für den Krieg, die anfangs noch möglichst gering gehalten werden sollten, galten angesichts der immer aussichtsloseren Situation, die letztlich das Schlagwort des „totalen Krieges“⁸⁸ hervorbrachte, nunmehr eher als Nebensache; die Verschuldung aller Kriegsparteien war zu diesem Zeitpunkt bereits derart gestiegen, dass eine gewisse weitere Zunahme in Kauf genommen werden konnte, sofern sie dem Ziel einer besseren Ernährungslage – die letztlich die Moral von Solda-

⁸⁴ AGAD, 312/1835: Wirtschaftssektion MGL 1918. Anleitung für die Bewirtschaftung der Ernte im Bereiche des k.u.k. Militärgouvernements Lublin, im Jahre 1918/19, Wien 1918 (Druckschrift), S. 15 f.

⁸⁵ Ebenda, S. 20 ff.

⁸⁶ Ebenda, 312/1856: Antrag der EVZ an das AOK [Anfang 1918].

⁸⁷ Ebenda, 312/1834: Bericht der EVZ an das MGL, 11.04.1918.

⁸⁸ Vgl. die grundlegende methodische Reflexion von STIG FÖRSTER: Das Zeitalter des totalen Krieges, 1861-1945. Konzeptionelle Überlegungen für einen historischen Strukturvergleich, in: *Mittelweg* 36, 8 (1999), 6, S. 12-29.

ten und Heimat heben sollte – diene. Demzufolge wurde das Getreide in Lublin nicht mehr nur durch Zwangsmaßnahmen eingetrieben, sondern auch durch Prämien. Anders als seine Vorgänger setzte der neue Gouverneur Antoni Lipošćak aber nicht mehr auf Bargeld, denn die steigende Inflation, die durch die zunehmenden Schulden verursacht wurde, hatte zu einer massiven Geldentwertung geführt. Die Bauern sollten zwar nach wie vor bezahlt werden, aber darüber hinaus als Bonus Sachprämien erhalten. In einem agrarischen Land wie Polen waren damit freilich keine Industriewaren gemeint, sondern landwirtschaftliche Produkte wie Zucker oder Schnaps – die außer im Tausch gegen Getreide sonst nur auf dem Schwarzmarkt erhältlich waren.⁸⁹

Die sich verschärfende Hungerkrise im Jahre 1918 traf die Doppelmonarchie empfindlich.⁹⁰ Da etwa in Rumänien nur eine schlechte Ernte eingebracht wurde⁹¹ und sich auch die neu eroberte Ukraine keinesfalls als die erhoffte Kornkammer erwies⁹², war die Gouvernementsleitung doppelt motiviert, sich „der Monarchie dienstbar“ zu machen, zumal nach Ansicht Lipošćaks „in Polen ein nicht unbeträchtlicher Teil der Bevölkerung sich keinerlei Einschränkungen auferlege und nahezu wie im Frieden lebe, während unsere brave Armee sowie das Hinterland Hunger leiden muss.“⁹³ Die daraufhin erneut vorgebrachten Einwände der Kreiskommandanten, dass dieser Sachverhalt nicht zutreffe und zudem die geplanten Kontingente absolut unrealistisch seien, wurden vom Gouverneur beiseite gewischt. Die einzige Einschränkung nahm er in Bezug auf den Einkauf der Ernte vor: Dieser sollte nach wie vor durch konzessionierte Aufkäufer erfolgen, die ein „notwendiges Übel“ seien, aber angesichts des Personalmangels die einzige Möglichkeit darstellten, zumindest einen Teil der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ohne größeren eigenen Aufwand einzubringen; ihnen war von den Kreiskommandos jegliche Unterstützung zu gewähren, auch bewaffnete Patrouillen, die für den nötigen Druck sorgen sollten.⁹⁴ Zugunsten des Sieges – oder zumindest der Abwendung einer schnellen Niederlage – konnte im fünften Kriegsjahr keinerlei Rücksicht mehr auf die polnische Bevölkerung genommen werden. Die ursprünglich so hehren Absichten, dort einen Verbündeten zu gewinnen, traten demgegenüber in den Hintergrund.

⁸⁹ Ebenda: Instruktion über die Durchführung der Getreideaufbringung durch Prämierung, Drucksache, 8.05.1918.

⁹⁰ SANDGRUBER (wie Anm. 10), S. 322 f.

⁹¹ LISA MAYERHOFER: Zwischen Freund und Feind. Deutsche Besatzung in Rumänien 1916-1918, München 2010, S. 196.

⁹² WOLFRAM DORNIK, STEFAN KARNER (Hrsg.): Die Besatzung der Ukraine 1918. Historischer Kontext – Forschungsstand – wirtschaftliche und soziale Folgen, Graz 2008.

⁹³ AGAD, 312/1858: Protokoll über die Besprechung zur Festsetzung der Ablieferungskontingente, 16./17.09.1918.

⁹⁴ Ebenda.

3 Eine „gute“ Besetzung? Versuch einer Einordnung österreichisch-ungarischer Herrschaft in Polen

Die österreichisch-ungarische Besetzung in Polen war nicht erfolgreich. Diese Einschätzung misst sich am Anspruch der Besatzer, die deutlich weniger Rohstoffe aus dem Land abtransportierten als geplant und damit ihren eigenen Bedarf bei weitem nicht decken konnten: Von den während dreier Jahre insgesamt aufgebrauchten 1 061 000 Tonnen Ernteprodukten konnten 630 900 Tonnen, also rund zwei Drittel, an die Heimat bzw. die im Lande stationierten Truppen abgegeben werden.⁹⁵ In der Vorkriegszeit hatte Cisleithanien aus dem ungarischen Reichsteil jährlich 2,1 Millionen Tonnen Getreide erhalten; 1916 kamen von dort nur noch 100 000 Tonnen, weil Ungarn nun die Armee versorgte.⁹⁶ Doch das Scheitern lässt sich auch daran zeigen, dass bis 1918 ein deutlicher Rückgang der Anbaufläche und der Erträge gegenüber den Vorkriegszahlen zu beobachten war.⁹⁷ Die Situation der Bevölkerung, auf die oben nur kurz eingegangen werden konnte, verschlechterte sich ebenfalls. In den Städten herrschten Hunger und Arbeitslosigkeit, auf dem Land wirtschaftliche Ausbeutung, Requirierung und Zwangsmaßnahmen. All dies war direkt der Besetzung geschuldet.⁹⁸ Der Arbeitszwang für Bauern, die verlassene Flächen zu bebauen hatten und als eine Art Hilfstrupp vorwiegend solche Großgrundbesitzer unterstützten, die über zu wenig Personal verfügten, war eine von der Doppelmonarchie ersonnene Maßnahme, die danach vom Generalgouvernement Warschau aufgegriffen wurde.⁹⁹

Selbstverständlich stellte die Okkupationspolitik keine rücksichtslose Unterwerfung des Landes dar, wie sie im Zweiten Weltkrieg in Polen durch das nationalsozialistische Deutschland und, von 1939 bis 1941, von der Sowjetunion durchgeführt wurde. Ein derartiges Vorgehen war 30 Jahre zuvor nicht zu beobachten und schlicht noch nicht denkbar. Bereits in der Zwischenkriegszeit wurde rückblickend die angeblich zu milde Politik getadelt: „Lei-

⁹⁵ HAUSNER (wie Anm. 14), S. 370.

⁹⁶ SANDGRUBER (wie Anm. 10), S. 324.

⁹⁷ JERZY HOLZER, JAN MOLENDĄ: Polska w pierwszej wojnie światowej [Polen im Ersten Weltkrieg], Warszawa 1973, S. 166 f. Ein Rückgang auf etwa 40% der Vorkriegsproduktion war auch im Kohlefördergebiet Dąbrowa zu beobachten. Vgl. ebenda, S. 157.

⁹⁸ Diese direkte Zuordnung lässt sich nicht dadurch relativieren, dass die Schlachten mit den russischen Streitkräften und deren Politik der verbrannten Erde schon vor der Besetzung viel Leid über die Bevölkerung gebracht hatten. Dies gilt auch für den Hinweis, „dass die polnische Bevölkerung viele der Härten mit der österreichischen und ungarischen Bevölkerung des Hinterlandes teilte“, vgl. SCHEER, Österreich-Ungarns Besatzungsmacht (wie Anm. 8), S. 555 (Zitat) und S. 553.

⁹⁹ HOLZER/MOLENDĄ (wie Anm. 97), S. 168. Zu den Kontinuitäten derartiger Arbeiten für Großgrundbesitzer, die schon unter russischer Herrschaft durchgeführt wurden: MAREK PRZENIOSŁO: Chłopi Królestwa Polskiego w latach 1914-1918 [Die Bauern des Königreichs Polen in den Jahren 1914-1918], Kielce 2003, S. 5 ff.

der mischten sich in die Aufstellung dieses General-Gouvernements von Anfang an ‚politische Rücksichten‘ ein, statt in erster Linie den Zweck der Sache, die wirtschaftliche Hebung des Landes, speziell in allen jenen Wirtschaftszweigen, die in erster Linie für die Kriegführung notwendig waren, maßgebend sein zu lassen.“¹⁰⁰

Der Versuch, die Einheimischen in ein kooperatives System einzubeziehen, bewährte sich jedenfalls nicht. Weder die Proklamation des Königreichs Polen noch die verschiedenen Institutionen bei der Wirtschaftsverwaltung führten zu einer gewinnbringenden Zusammenarbeit mit der Bevölkerung, die nicht daran dachte, die Okkupanten rückhaltlos zu unterstützen – weder als Soldaten noch wirtschaftlich. Die „Partner“ waren einfach nicht gleichwertig, und auch die mit den österreichisch-ungarischen Truppen kollaborierenden Polen letztlich nur Erfüllungsgehilfen einer Besatzungsmacht. Zu offensichtlich blieb die Tatsache, dass sämtliche Anstrengungen der Bauern einerseits zu ihrem ökonomischen Nachteil waren und andererseits nicht einmal dem eigenen, hungernden Volk dienten, sondern nur der Ernährung der österreichisch-ungarischen Soldaten und Zivilisten.¹⁰¹

Die Doppelmonarchie wurde aus diesen Gründen nie als Befreier vom russischen Joch angesehen, sondern nur als ein weiterer Fremdherrscher. Die mangelnde Unterstützung seitens der Polen drückt daher ein Legitimitätsproblem aus, das die Okkupanten trotz aller Bemühungen¹⁰² – genauso wie die Deutschen in Warschau – nicht überwinden konnten. Eine Legitimation hätte in sichtbaren Leistungen bestehen können, doch die Investitionen etwa in die Infrastruktur blieben gering.¹⁰³ Ein Aufbau des Landes, wie ihn Besatzer zu allen Zeiten propagieren, fand nicht statt, während Aktionen wie etwa die Proklamation eines Königreichs, die Polnische Wehrmacht oder die Kooptation von einigen Eliten in die Besatzungsverwaltung schnell als rein symbolisch erkannt wurden. Diese Differenz zwischen Propaganda und Wirklichkeit schuf zusätzliche Unzufriedenheit.¹⁰⁴ Polen wurde kein Partner der Mittelmächte, sondern blieb besetztes Territorium.

Immerhin konnte Österreich-Ungarn den öffentlichen Vergleich mit dem ebenfalls als Besatzungsmacht agierenden Deutschen Reich gewinnen. Wien hatte hier einen großen Glaubwürdigkeitsvorteil zu bieten und inszenierte ei-

¹⁰⁰ KERCHNAWE (wie Anm. 25), S. 2 f.

¹⁰¹ RAUCHENSTEINER (wie Anm. 55), S. 463 f. Vgl. umfassend zu den Reaktionen der polnischen Bauern JAN MOLEND: *Chłopi, naród, niepodległość. Kształtowanie się postaw narodowych i obywatelskich chłopów w Galicji i Królestwie Polskim w przedni odrodzenia Polski* [Bauern, Nation, Unabhängigkeit. Die Entwicklung der nationalen und bürgerlichen Haltung der Bauern in Galizien und im Königreich Polen am Vorabend der Wiedergeburt Polens], Warszawa 1999.

¹⁰² SCHEER, *Zwischen Front und Heimat* (wie Anm. 4), S. 132 f.

¹⁰³ LEWANDOWSKI, *Okupacja* (wie Anm. 8), S. 35.

¹⁰⁴ Vgl. zu den theoretischen Ansätzen JÜRGEN OSTERHAMMEL: *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, Bonn 2010, S. 664 und 668 f.

nen „Mythos vom guten Besatzer“¹⁰⁵, denn vor dem Krieg war die Regentschaft in Galizien deutlich milder ausgefallen als in der preußischen Provinz Posen.¹⁰⁶ Dies gilt ungeachtet der Tatsache, dass die k.u.k. Verwaltung keinesfalls eine besondere sprachliche Kompetenz oder ethnische Nähe aufwies, die es erlaubt hätte, von einer Administration Polens durch (galizische) Polen zu sprechen. Innerhalb des okkupierten Gebiets sprachen allerdings die strukturellen Unterschiede klar für die Doppelmonarchie: Mit Warschau und Lodz hatten die Deutschen zwei Großstädte zu versorgen, in denen sich schnell Unterversorgung und Arbeitslosigkeit einstellten, während im agrarischen Lubliner Gebiet ein größerer Teil der Bevölkerung Selbstversorger war. Negative Auswirkungen der Okkupation zeigten sich im Generalgouvernement Warschau daher schneller und deutlicher. Jedoch sind die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen stets zu berücksichtigen, wenn die Besatzungspolitik verglichen wird: Selbst ähnliche Maßnahmen konnten unterschiedliche Folgen haben.

Die wegen der fast vollständigen Verluste im Zweiten Weltkrieg nur sehr marginale Überlieferung für die deutsche Seite erschwert die Durchführung eines Vergleichs.¹⁰⁷ Teilweise können die österreichischen Akten dafür herangezogen werden, aber dabei ist große Vorsicht bei der Quellenkritik geboten. So sind etwa die durchaus wichtigen Berichte des Wiener Gesandten Leopold von Andrian, der aus Warschau an das Außenministerium schrieb, kaum geeignet für eine Beurteilung der dortigen Politik – und auch nicht für die in Lublin.¹⁰⁸ Andrians vehement antipreußische Haltung – die freilich keinen Sonderfall darstellte, sondern innerhalb der k.u.k. Politik durchaus häufiger zu beobachten war – führte letztlich sogar zu seiner Abberufung aus Warschau. Dieser Umstand sowie seine einseitigen Informationsquellen aus dem konservativ-klerikalen Lager machten ihn nicht zu einem objektiven Beobachter, sondern ließen ihn vor allem seine eigenen Interessen und Positionen

¹⁰⁵ SCHEER, Österreich-Ungarns Besatzungsmacht (wie Anm. 8), S. 546 f. und 570. Vgl. ferner URSULA PRUTSCH: Historisches Gedächtnis in kulturpolitischer Machtstrategie. Deutschland, Österreich-Ungarn und die polnische Frage (1915-1918), in: MORITZ CSÁKY, KLAUS ZEYRINGER (Hrsg.): Ambivalenz des kulturellen Erbes. Vielfachcodierung des historischen Gedächtnisses, Innsbruck 2000, S. 69-91, hier S. 85.

¹⁰⁶ Für eine schnelle Einordnung vgl. OSTERHAMMEL, Die Verwandlung der Welt (wie Anm. 104), S. 625.

¹⁰⁷ Vgl. dennoch WOLFRAM DORNIK: Die wirtschaftliche Ausbeutung Osteuropas im Ersten Weltkrieg. Organisation und Ziele der Besatzungsregime in Ober Ost, Polen und der Ukraine, unveröffentlichter Vortrag im Rahmen der 8. Österreichischen Zeitgeschichtetage am 27.05.2010. Polen findet auch keinen Niederschlag in der amtlichen deutschen Militärgeschichtsschreibung nach dem Kriege; ein vorbereitetes Manuskript ging zudem im Zweiten Weltkrieg verloren. Siehe allgemein MARKUS PÖHLMANN: Kriegsgeschichte und Geschichtspolitik: Der Erste Weltkrieg. Die amtliche deutsche Militärgeschichtsschreibung 1914-1956, Paderborn – München 2002.

¹⁰⁸ In diesem Sinne wird Andrian jedoch als Beleg herangezogen von SCHEER, Österreich-Ungarns Besatzungsmacht (wie Anm. 8), S. 546 und 560 ff.

vertreten.¹⁰⁹ So verdeutlicht eine Analyse seiner Briefe und Tagebucheinträge die binnenkolonialisatorischen Absichten Österreich-Ungarns und dessen Streben nach einem Anschluss Polens.¹¹⁰

Andrians Idee, ein Mitteleuropa unter österreichisch-ungarischer Dominanz mit gleichzeitiger Eingliederung Polens zu schaffen, hatte sich spätestens im Herbst 1915 überholt.¹¹¹ Seit diesem Zeitpunkt interessierte nur noch die Frage, wie aus dem MGL der größte Ertrag herausgeholt werden konnte. Der Abtransport landwirtschaftlicher Erzeugnisse galt in dem ansonsten armen und kaum industrialisierten Gebiet als das wichtigste Besatzungsziel. Es ging der Doppelmonarchie keinesfalls um ein „winning minds and hearts“, wie Tamara Scheer deren Herrschaft mit einem etwas anachronistischen Begriff zu charakterisieren versucht.¹¹² Zwar hatte Andrian schon 1915 das „gerade nicht Herzen gewinnende Benehmen“ der Deutschen kritisiert¹¹³, aber auch die österreichisch-ungarischen Versuche, auf eine Kooperation mit den Einheimischen zu setzen, waren rein interessengeleitet. Sie zielten auch nicht auf die Bevölkerung als Ganzes ab, sondern vor allem auf die Eliten aus Adel und Klerus. Wie sich am Beispiel der Ausbeutung der Landwirtschaft zeigt, schaffte die Militärverwaltung in Lublin die polnischen Institutionen, sogar unter Anwendung von Gewalt, in dem Moment wieder ab, als sich herausstellte, dass diese nicht die gewünschten Resultate für die Okkupanten erzielten.

Das Verhältnis der Militärverwaltung zur Bevölkerung, das Andrian noch Mitte 1915 von Warschau aus als stetig besser werdend bezeichnet hatte, dem „Grundsätze getreu, dass wir die Herzen der polnischen Bevölkerung durch gute Behandlung und Achtung der nationalen Ansprüche und Empfindlichkeiten im täglichen Leben gewinnen müssen, nicht aber durch unangemessene Versprechungen und Einführung einer Selbstregierung“¹¹⁴, konterkarier-

¹⁰⁹ PRUTSCH (wie Anm. 105), S. 71 f. Vgl. auch die Edition URSULA PRUTSCH, KLAUS ZEYRINGER (Hrsg.): Leopold von Andrian (1875-1951). Korrespondenzen, Notizen, Essays, Berichte, Wien 2003. Exemplarisch für Andrians Haltung ist dessen Schreiben an Stephan von Burián vom 23.06.1915: „Wenig erfreulich waren die Informationen, welche mir auf meiner letzten Reise nicht nur die polnischen Persönlichkeiten, mit denen ich zusammenkam, sondern auch verschiedene unserer Militärbehörden über das Verhalten der deutschen Behörden und Truppen im Königreich Polen machten. Nicht nur wird jede nationale Regung unerbittlich unterdrückt, nicht nur ist die Bevölkerung in nationaler Beziehung einem Regime unterworfen, dem gegenüber das verflossene russische geradezu ein goldenes Zeitalter für die Polen bedeutete [...], sondern auch in materieller Hinsicht wird das Land in willkürlicher Weise aufs Schwerste geschädigt“ (ÖStA HHStA, PA I, Liasse Krieg 11a – Polen/918).

¹¹⁰ PRUTSCH (wie Anm. 105), S. 72 f.

¹¹¹ RAUCHENSTEINER (wie Anm. 55), S. 316 f.

¹¹² SCHEER, Österreich-Ungarns Besatzungsmacht (wie Anm. 8), S. 570; DIES., Zwischen Front und Heimat (wie Anm. 4), S. 90-97.

¹¹³ ÖStA HHStA, PA I, Liasse Krieg 11a – Polen/918: Leopold von Andrian an Stephan von Burián, 23.06.1915.

¹¹⁴ Ebenda.

ten die Besatzer durch ein ebensolches Vorgehen: Die Proklamation des Königreichs im November 1916 erwies sich letztlich als uneinlösbare Propaganda.¹¹⁵ Etwas anderes war allerdings auch nicht zu erwarten gewesen, denn die Doppelmonarchie war nicht an demokratischen Tendenzen einer Gleichbehandlung interessiert, sondern an der Verwaltung eines Imperiums. In diesem Sinne sollten Tendenzen zur Kooperation nicht mit versuchter oder nur gescheiterter sozialer Integration verwechselt werden; weder fand diese statt, noch war sie beabsichtigt. Die kontrollierte Delegation von Macht drückte lediglich den Versuch aus, lokale Loyalitäten durch symbolische Akte zu sichern.¹¹⁶

Die Militärs in Lublin waren mit der Verwaltung Polens schlicht und einfach überfordert. Die hohen Anforderungen, die an sie gestellt wurden, verführten sie zu planlosem Handeln¹¹⁷, das ein Hin und Her in der Kooperation mit den Einheimischen, aber auch in davon unabhängigen Politikfeldern zur Folge hatte. Deshalb war der wirtschaftlichen Nutzbarmachung trotz enormer Anstrengungen und umfassenden Personaleinsatzes insgesamt nur wenig Erfolg beschieden. Selbst zeitgenössische interne Berichte stellten den Okkupanten im MGL ein wesentlich schlechteres Zeugnis aus als der deutschen Zivilverwaltung. In Lublin seien die Besatzer „mit den Erfordernissen einer guten Verwaltung durchaus nicht vertraut und ermangeln meist der Qualifikation zur Erfüllung ihrer verantwortungsvollen Pflichten“. In Warschau wurde die Selbständigkeit der Polen immerhin in kleinem Umfang gefördert, dort gab es seit Juli 1915 – bei allen Mängeln – eine städtische Selbstverwaltung; im k.u.k. Herrschaftsgebiet hingegen wurden fast alle Gemeindevertretungen aufgelöst.¹¹⁸

Die Herrschaft Österreich-Ungarns im MGL war also für die Bevölkerung keinesfalls erträglich oder gar zu deren Vorteil. Allenfalls lässt sich sagen, dass politische Rücksichten und die agrarischen Strukturen größere demografische und ökonomische Katastrophen verhinderten. Selbst dieser Zustand war allerdings nicht intendiert gewesen, sondern eher den Defiziten bei der Umsetzung einer geordneten, gewissermaßen nachhaltigen Ausbeutung des

¹¹⁵ Ebenda, PA I, Liasse Krieg 11a – Polen/919: Denkschrift des k.u.k. Außenministeriums (Dr. Habicht) über das MGL, 15.05.1916.

¹¹⁶ OSTERHAMMEL, Die Verwandlung der Welt (wie Anm. 104), S. 613 ff.

¹¹⁷ Zu ganz ähnlichen Befunden kommen für das Beispiel der Ukraine WOLFRAM DORNIK, PETER LIEB: Die Ukrainepolitik der Mittelmächte während des Ersten Weltkrieges, in: DIES. u.a. (Hrsg.): Die Ukraine zwischen Selbstbestimmung und Fremdherrschaft 1917-1922, Graz 2011, S. 91-128, hier 127 f.

¹¹⁸ ÖStA HHStA, PA I, Liasse Krieg 11a – Polen/919: Denkschrift des k.u.k. Außenministeriums (Dr. Habicht) über das MGL, 15.05.1916. Siehe ferner MALGORZATA WRZOSEK: Austriackie władze okupacyjne i samorząd miejski w Kielcach w czasie pierwszej wojny światowej (organizacja i funkcjonowanie) [Die österreichische Besatzungsmacht und die Stadtverwaltung in Kielce während des Ersten Weltkrieges (Organisation und Aufgaben)], in: Kieleckie Studia Historyczne 13 (1995), S. 183-193, zur Einschätzung einer nur scheinbaren Autonomie besonders S. 187 f.

Landes geschuldet, die sich auch mangels sprachlicher Kompetenz und Empathie nicht erreichen ließ. Das Scheitern der Okkupationsziele wegen der mangelnden Fähigkeiten der Besatzer erwies sich als gradueller Vorteil für die Einheimischen. Doch Lublin ist bislang in der wissenschaftlichen Wahrnehmung kaum präsent und tritt hinter die deutschen Besatzungen in Warschau und im Zweiten Weltkrieg in ganz Polen zurück. Auch aus diesem Grund ist die österreichisch-ungarische Herrschaft meist vergleichsweise positiv beurteilt worden. Die tiefer gehende Beschäftigung mit der Machtausübung der Doppelmonarchie könnte deshalb wichtige Erkenntnisse bieten, etwa zum Verhältnis von Wirtschaft und Politik, zur kriegsmäßigen Durchdringung und Mobilisierung von Ressourcen und Gesellschaften, zur Selbstdarstellung von Besatzern oder zu Spezifika von „westlicher“, „zivilisierender“ Fremdherrschaft im „Osten“.

Summary

The Lublin Military Government Austria-Hungary's "Utilisation" of Poland in the First World War

During the First World War it was not only Germany that played an active role as an occupying power, but also Austria-Hungary. Thus, for example, from 1915 onwards the Central Powers shared hegemony over the occupied Kingdom of Poland, with Germany occupying the north west with the capital, Warsaw, while the Dual Monarchy set up a military government in Lublin in the more agricultural south east. The present text examines the "utilisation" of this part of Poland by Austria-Hungary.

In contrast to the few existing studies, this paper comes to the conclusion that the occupation cannot in any sense be regarded as having been bearable for the population, let alone to their advantage. The most that may be said is that political considerations and the agricultural nature of the area preserved it from demographic and economic catastrophe. But even this did not happen intentionally, but was rather the result of inefficiency with which an orderly and efficient exploitation of the country was pursued – a policy, which in any case would have been impossible to implement successfully due to a lack of language skills and empathy.

Altogether, in spite of enormous efforts and the use of a large number of staff, the economic utilisation of the area achieved only a very small measure of success.

Be that as it may, as an occupying power, Austria-Hungary was able to win the battle of public opinion in comparison with Germany. Vienna successfully propagated the "myth of the benevolent occupier". The structural differences within Poland clearly worked in favour of the Dual Monarchy: with Warsaw and Lodz the Germans had two major cities to take care of, in which hunger and unemployment rapidly arose, whereas in the agricultural region of Lublin a sizeable proportion of the population were able to provide for themselves.

Nevertheless the military authorities in Lublin found the task of administering Poland beyond their capacities, which led to a constant fluctuation in the level of cooperation on the part of the local population – something which had consequences in other political areas. This process was entirely guided by self-interest, the Dual Monarchy had not the least interest in gaining the support of the Poles. As the exploitation of agriculture shows, Austria-Hungary abolished self-administration – although this was only possible by the use of force – as soon as it failed to produce the desired results. Seen in this light, the proclamation (together with the Germans) of the Kingdom of Poland in 1916 proved to be a piece of unfulfillable propaganda.